

Worben, 30. Januar 2017

Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung vom 13. Dezember 2016 für die eidgenössischen Volksabstimmungen vom 12. Januar 2017:

Nein zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

Mit dieser Verfassungsänderung will man die Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung auf Ausländer der dritten Generation ausweiten. Da jedoch der Ausländeranteil bei den Personen unter 25 Jahren bereits heute exorbitant hoch ist (im urbanen Gebiet oftmals über 50%), findet nicht zwingend eine ausreichende Integration statt. In den kommenden Jahrzehnten wird sich dieser Zustand weiter verstärken. Daher gewährleistet lediglich das reguläre Verfahren die notwendige ganzheitliche Eignungsprüfung, zumal ein Verantwortlicher der jeweiligen Wohngemeinde mittels persönlichen Gesprächs gezielter wichtige Informationen über den Antragssteller einholen kann. Diese Angaben sollen hilfreiche Einblicke in das Alltagsleben ermöglichen. Für die Schweizer Demokraten (SD) darf ein Einbürgerungsprozedere kein blosser Verwaltungsakt sein. Ausserdem lehnte das Stimmvolk vor 13 Jahren ein vergleichbares Begehren ab. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen und engagieren sich entsprechend mit eigenen Aktivitäten.

Nein zum Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

Um die künftige Finanzierung von Nationalstrassen und Agglomerationsprojekten sicherzustellen, wollen Bundesrat und Parlament mittels Verfassungsänderung einen unbefristeten Fonds, den NAF, einrichten. Diesem stehen jährlich Gelder in der Höhe von drei Milliarden Franken zur Verfügung, wobei 650 Millionen Franken der Bundeskasse entnommen werden, was aufgrund der aktuellen Situation die Grenze der Zumutbarkeit überschreitet. Weitere teilweise einschneidende Sparmassnahmen wären die Folge. Fairerweise müsste man den Mineralölsteuerzuschlag noch mehr erhöhen, womit eine stärkere Zweckbindung erzielt würde. Zudem sollte ein Teil der Automobilsteuer unverändert dem Bund zukommen. Letztlich erhöht sich jedoch die Nachfrage bei der Verkehrsinfrastruktur lediglich aufgrund des Bevölkerungswachstums, welches durch die ungebremsete Zuwanderung erzeugt wird. Eine Anpassung des Angebots kommt dem Verbetonieren der Landreserven gleich. Daher haben die SD zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zum Unternehmenssteuerreformgesetz III

Mit der Unternehmenssteuerreform III will der Bund mehrere Massnahmen zugunsten einer steuerlichen Entlastung von ausländischen Holding- und Domizilgesellschaften vornehmen. Dieses Gesamtpaket wurde jedoch als Folge eines Beschlusses der EU und der OECD aufgegleist, zumal sich die Schweiz unter dem Vorwand neuer internationaler Standards zur Abschaffung der ermässigten Besteuerung von solchen Statusgesellschaften verleiten liess. Der vorliegende Kompensationsplan, welcher die bisherige Regelung ersetzen soll, führt allerdings zu Steuerausfällen von jährlich 2,7 Milliarden Franken. Weitere einschneidende Sparmassnahmen wären unvermeidbar. Zudem müssen auch die Kantone über 100 Millionen Franken an Einbussen in Kauf nehmen. Betrachtet man die Details der Reform, so fällt hauptsächlich die zu tiefe Dividendenbesteuerung ins Gewicht. Im Allgemeinen fehlen aber Steuersenkungen, die den natürlichen Personen zugutekämen. Letztlich ist die Schweiz vor allem dank ihrer Sicherheit und den allseits gelobten Hochschulen ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident